



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Andreas Tietze (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

EU-Beschwerdeverfahren Flughafen Lübeck

Vorbemerkung des Fragestellers:

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 17/836 ist die Existenz eines zweiten beihilferechtlichen Beschwerdeverfahrens (neben dem Verfahren C 24/2007) betreffend Beihilfen zu Gunsten des Flughafens Lübeck bestätigt worden (CP 162/2010). Die Kommission hat das Verfahren mit einem Schreiben vom 7.7.2010 eingeleitet, gemäß der Antwort auf die Kleine Anfrage Drs. 17/1419 hat die Bundesrepublik Deutschland der Kommission am 13.10. 2010 geantwortet. Die Kommission hat am 28.3.2011 erneut an die Bundesrepublik geschrieben.

1. Unter welchen Aktenzeichen, neben den beiden oben genannten, betreibt die Kommission derzeit Beihilfeverfahren in Sachen Flughafen Lübeck?

Die Europäische Kommission hat sich unter dem Aktenzeichen CP 31/2009 mit einem weiteren Auskunftsersuchen an die Bundesregierung gewandt. Mit Pressemitteilung vom 22. Februar 2012 hat die Europäische Kommission zudem angekündigt, neue Verfahren zum Flughafen Lübeck-Blankensee einzuleiten. Dazu sind der Landesregierung bisher lediglich die vorläufigen Aktenzeichen SA.27585 und SA.31149 bekannt.

2. Welchen Schriftverkehr hat es seit dem Schreiben der Europäischen Kommission vom 7. Juli 2010 zwischen den deutschen Stellen und der EU-Kommission gege-

ben? Ich bitte die Schreiben nach Absender und Datum aufzulisten und bei den einzelnen Schreiben aufzuführen, welchem Aktenzeichen (siehe Frage 1) diese zugeordnet werden.

Die Landesregierung versteht die Frage so, dass sie sich lediglich auf jene Korrespondenz zwischen deutschen Stellen und der Europäischen Kommission bezieht, welche Prüfverfahren und Auskunftersuchen bezüglich möglicher Beihilfen an den Flughafen Lübeck-Blankensee betrifft.

Hierzu sind der Landesregierung folgende Schreiben und E-Mails bekannt:

Datum	Absender	Aktenzeichen
13.07.2010	Bundesrepublik Deutschland	CP 162/2010
13.07.2010	EU-Kommission	CP 162/2010
13.10.2010	Bundesrepublik Deutschland	CP 162/2010
28.03.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
15.04.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
20.04.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
27.04.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
13.05.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
23.05.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
07.06.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
08.06.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
15.06.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
29.06.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
30.06.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
30.06.2011	EU-Kommission	C 24/2007

Datum	Absender	Aktenzeichen
05.07.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
05.07.2011	EU-Kommission	C 24/2007
05.07.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
05.07.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
08.07.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010 u.a. dt. Verfahren
15.07.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
18.07.2011	EU-Kommission	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010
18.07.2011	EU-Kommission	C 24/2007
08.08.2011	EU-Kommission	C 24/2007
24.08.2011	EU-Kommission	C 24/2007
24.08.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007, CP 31/2009, CP 162/2010 u.a. dt. Verfahren
08.09.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
08.09.2011	EU-Kommission	C 24/2007
19.09.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
22.09.2011	Bundesrepublik Deutschland	CP 162/2010
22.09.2011	EU-Kommission	CP 162/2010
26.09.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
26.09.2011	EU-Kommission	C 24/2007
10.10.2011	Bundesrepublik Deutschland	C 24/2007
10.10.2011	EU-Kommission	C 24/2007

Datum	Absender	Aktenzeichen
20.02.2012	EU-Kommission	C 24/2007

3. Hat die Bundesregierung auf das Schreiben der Landesregierung vom 13. Dezember 2011 zwecks Beschleunigung des Verfahrens bei der EU-Kommission inzwischen geantwortet? Wenn ja, wie lautet die Antwort?
4. Wird die Landesregierung das Schreiben der Bundesregierung dem Landtag zur Veröffentlichung als Umdruck zuleiten und wenn ja, wann?

Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet:

Ja, die Bundesregierung hat durch Schreiben des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 13. Januar 2012 geantwortet. Dieses hat die Landesregierung durch Schreiben des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr vom 08. Februar 2012 dem Landtag zugeleitet. Es ist als Umdruck 17/3600 veröffentlicht worden.

5. Um welche Maßnahmen handelt es sich, bei denen die Kommission in den Verfahren gemäß Frage 1 derzeit vom Vorliegen einer Beihilfe ausgeht?

Im Auskunftersuchen CP 31/2009 geht die Europäische Kommission nicht davon aus, dass eine Beihilfe vorliegt, sondern untersucht, ob dies der Fall sein könnte. Im Einzelnen betrifft dies laut Fragestellung der Europäischen Kommission:

- die Übernahme von Verlusten des Flughafenbetreibers für das Jahr 2009 durch die Hansestadt Lübeck
- ein mutmaßlich neues Abkommen des Flughafenbetreibers mit Ryanair.

In den neuen Verfahren SA.27585 und SA.31149 sollen laut oben genannter Pressemitteilung der Europäischen Kommission folgende Maßnahmen ergebnisoffen geprüft werden:

- der Kauf von Gesellschaftsanteilen von Infratil durch die Hansestadt Lübeck
- Vereinbarungen der Hansestadt Lübeck mit Infratil im Jahr 2009
- ob die Finanzpolitik der Hansestadt Lübeck gegenüber ihrem Flughafen mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers in Einklang steht
- der Flughafengebührenkatalog von 2006, Tarife für Enteisungsdienste und einzelne Vereinbarungen mit Ryanair.

6. Um welche Maßnahmen handelt es sich gemäß Frage 5, bei denen die Kommission die Zulässigkeit (Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt) für problematisch erachtet?

Die Europäische Kommission hat bisher nur den Gegenstand ihrer Untersuchung mitgeteilt, aber keine Aussage dazu getroffen, welche Aspekte sie daran im Einzelnen für problematisch erachtet.

7. Hat die Landesregierung inzwischen Beihilfen für den Flughafen Lübeck zur Genehmigung bei der EU-Kommission angemeldet ("notifiziert")? Wenn ja, für welche Maßnahmen wird eine Genehmigung der Kommission beantragt?

Nein.